

Bericht und Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses (Land)***Bericht über den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge im Land Bremen sowie über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften*****I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 9. Sitzung am 21. November 2007 den Antrag der Fraktion der CDU für ein Gesetz zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge im Land Bremen vom 9. November 2007 (Drs. 17/121) in erster Lesung beraten und beschlossen, den Gesetzesentwurf zur Beratung und Bericht-erstattung an den Haushalts- und Finanzausschuss (Land) zu überweisen.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat weiterhin in ihrer 14. Sitzung am 24. Januar 2008 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften, Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008 (Drs. 17/206), in erster Lesung beraten und dazu ebenso beschlossen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat sich zunächst in seiner Sitzung am 7. Dezember 2007 mit dem Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU befasst und dazu mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU, der FDP und Die Linke beschlossen, den Antrag erst im Rahmen der Haushaltsberatungen zu behandeln. In seiner Sitzung am 15. Februar 2008 hat der Ausschuss zu dem Gesetzentwurf des Senats entsprechend beschlossen.

In den Haushaltsberatungen am 5. und 6. März 2008 lagen dem Ausschuss zusätzlich zu den Gesetzentwürfen des Senats und der Fraktion der CDU ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 29. Februar 2008 (Drs. 17/301) sowie ein Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 4. März 2008 (Drs. 17/303) vor. Der Ausschuss hat sämtliche Anträge in seine Beratungen einbezogen und dazu in seiner Sitzung jeweils der Senatorin für Finanzen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Wesentlicher Gegenstand der Beratungen im Ausschuss war der Zeitpunkt, zu dem die Besoldung für die Beamtinnen und Beamten in Bremen angehoben werden soll sowie die Frage der dadurch verursachten Belastungen für die Haushalte 2008 und 2009, die Gegenstand der Haushaltsberatungen im Ausschuss waren. Nach dem Gesetzentwurf des Senats soll die Anhebung um 2,9 % schrittweise zum 1. Oktober 2008 und 1. Oktober 2009 erfolgen. Der Antrag der Fraktion der CDU sowie der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke sehen eine vollständige Anhebung bereits zum 1. Januar 2008 vor. Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen schließlich enthält die vollständige Anhebung zum 1. November 2008.

Der Ausschuss hat darüber hinaus zur Kenntnis genommen, dass dem Petitionsausschuss der Bremischen Bürgerschaft Petitionen von 3 841 Bürgerinnen und Bürgern mit gleichlautendem Wortlaut vorliegen, in denen die Besoldungserhöhung um 2,9 % zum 1. Januar 2008 sowie die Wiedereinführung bzw. die Erhöhung des Weihnachtsgeldes für alle Beamtinnen und Beamten im Land Bremen gefordert wird. Der Petitionsausschuss hatte diese Petitionen dem Haushalts- und Finanzausschuss (Land) mit Schreiben vom 15. Januar 2008 mit der Bitte um Stel-

lungnahme zur Verfügung gestellt. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) hat gegenüber dem Petitionsausschuss mit Schreiben vom 26. März 2008 zu seinen Beratungen Stellung bezogen.

In Folge der Beratungen im Ausschuss hat die Fraktion Die Linke sich dem Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 17/121) angeschlossen. Sie hat ihren Antrag (Drs. 17/301) im Ausschuss nicht mehr zur Beschlussfassung gestellt.

Der Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 17/121) wurde gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU, der Fraktion Die Linke und der Fraktion der FDP von den Mitgliedern der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drs. 17/303) wurde gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung des Mitglieds der Fraktion Die Linke mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen. Mit den in diesem Antrag enthaltenen Änderungen wurde sodann der Gesetzentwurf des Senats aus der Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008 (Drs. 17/206) gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU, der FDP und Die Linke von den Mitgliedern der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen.

II. Antrag

1. Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, dem Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 4. März 2008 (Drs. 17/303) zuzustimmen.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungs- und beamtenrechtlicher Vorschriften, Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008 (Drs. 17/206), unter Berücksichtigung der Änderungen gemäß Ziffer I. zuzustimmen.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge im Land Bremen

Der Haushalts- und Finanzausschuss (Land) empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mehrheitlich, den Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge im Land Bremen, Antrag der Fraktion der CDU vom 9. November 2007 (Drs. 17/121), abzulehnen.

Thomas Röwekamp
(Vorsitzender)